



Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

15. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)*)

28. November 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.45 Uhr bis 12.00 Uhr

Vorsitzender: Heinrich Kruse (CDU)

Stenographin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

1

a) Lebendviehtransporte und Herodes-Prämie

Bitte der SPD-Fraktion um Berichterstattung durch die Landesregierung

An einen Bericht von Staatssekretär Dr. Griese (Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft) schließt sich eine Aussprache an.

b) Einteilung der Forstamtsbezirke - Schreiben der Forstbetriebsgemeinschaft Nettersheim und der Forstbetriebsgemeinschaft Blankenheim - Zuschriften 12/847 und 12/848

5

Bitte des Clemens Pick (CDU) um Stellungnahme der Landesregierung

Staatssekretär Dr. Griese (MURL) sagt eine schriftliche Stellungnahme zu.

*^o) öffentlicher Teil siehe APr 12/423

Seite

- c) **Fachlich nicht haltbare Verlegung des Forstamtes Olpe nach Lennestadt - Artikel in der Zeitschrift "Bund der Steuerzahler", 10/96** 5

Bitte des Clemens Pick (CDU) um Stellungnahme durch die Landesregierung

Staatssekretär Dr. Griese (MURL) verweist auf den Beschluß des Petitionsausschusses zu dieser Angelegenheit.

- d) **Werkvertragserlaß** 5

Anfrage des Clemens Pick (CDU)

Kurze Aussprache

- e) **Interfraktionelles Gespräch in kleiner Runde mit Experten des Hauses zum Thema Abwasserbeseitigung - Förderrichtlinien, Kriterien, Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum** 6

Anfrage des Heinrich Kruse (CDU).

Staatssekretär Dr. Griese (MURL) sagt zu, das Gespräch in Kürze stattfinden zu lassen.

- 2 **Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes** 7

hier: Durchführung einer öffentlichen Anhörung gemäß § 32 GO

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 12/1073

Der Ausschuß kommt überein, die öffentliche Anhörung am 23. Januar 1997 um 14.00 Uhr durchzuführen. Weiterhin einigt sich der Ausschuß auf eine Liste von Anzuhörenden und darauf, bestimmte Verbände und Institutionen zu bitten, eine gemeinsame mündliche

Seite

Stellungnahme vorzutragen. Es findet auch eine Verständigung über den Fragenkatalog statt.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

7

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/1200, 12/1390 und 12/1550 (2. Ergänzung)

Vorlage 12/892

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz lehnt den Antrag der CDU-Fraktion, die Beratung über den Haushaltsplan 1997 auszusetzen, mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion ab.

Sodann empfiehlt der Ausschuß mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, den Einzelplan 10 anzunehmen.

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz empfiehlt, das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksachen 12/1200, 12/1390 und 12/1550 (zweite Ergänzung) mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion anzunehmen.

2 Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes

hier: Durchführung einer öffentlichen Anhörung gemäß § 32 GO

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1073

Der Ausschuß kommt überein, die öffentliche Anhörung am 23. Januar 1997 um 14.00 Uhr durchzuführen. Weiterhin einigt sich der Ausschuß auf eine Liste von Anzuhörenden und darauf, bestimmte Verbände und Institutionen zu bitten, eine gemeinsame mündliche Stellungnahme vorzutragen. Es findet eine Verständigung über den Fragenkatalog statt.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/1200, 12/1390 und 12/1550 (2. Ergänzung - noch nicht verteilt)
Vorlage 12/892

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft
Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Eckhard Uhlenberg (CDU) führt aus, entgegen der Praxis der vergangenen Jahre werde die CDU-Landtagsfraktion in diesem Jahr zum Einzelplan 10 keine Anträge stellen.

Seine Fraktion vertrete die Auffassung, daß der gesamte Haushaltsplan 1997 nicht beratungsfähig und nicht beschlußfähig sei. Die CDU-Landtagsfraktion beantrage von daher - sie werde das auch im Plenum tun -, die Beratung über den Haushaltsplan für das Jahr 1997 auszusetzen.

Der Finanzminister werde aufgefordert, einen neuen Entwurf für das Jahr 1997 vorzulegen, und zwar einen realistischen Entwurf, der auch in den Ausschüssen beratungsfähig sei.

Der vorliegende Etatentwurf könne nicht mehr beraten werden, weil sich die gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen in den letzten Wochen und Monaten dramatisch verändert hätten. Er wolle einige Beispiele nennen: Die jüngste Steuerschätzung, nach der Nordrhein-Westfalen 600 Millionen DM bis 800 Millionen DM weniger im Jahre 1997 bekommen werde, sei in diesem Entwurf nicht enthalten. Der Wegfall der Vermögensteuer Anfang 1997 werde auch nicht berücksichtigt. Dafür gebe es keine Risikovorsorge im Etat.

Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen sprächen öffentlich davon, daß im Jahre 1997 sowieso ein Nachtragshaushalt kommen werde. Das bedeute, Landesregierung und Koalitionsfraktionen nähmen den Entwurf, der zur Beratung vorliege, selber schon nicht mehr ernst.

Für ihn gehöre es zur Selbstachtung der Parlamentarier, Haushaltspläne zu beraten und zu verabschieden, wenn man wirklich davon ausgehen könne, daß es sich um ein Finanzwerk mit einer realistischen Grundlage handle. Das könne man von diesem Haushaltsplan 1997 nicht mehr sagen. Er hoffe, daß auch die Selbstachtung bei den Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen so ausgeprägt sei, daß sie in dieser Frage die gleiche Meinung verträten.

Da das gesamte Zahlenwerk des Haushaltsplans 1997 Makulatur sei, habe dies entsprechende Konsequenzen. Niemand wisse, inwieweit die Landesregierung, der Finanzminister Änderungen beim Einzelplan 10 für das Jahr 1997 vornehmen müßten. Alles, was jetzt diskutiert werde, sei unrealistisch.

Gerade im letzten Jahr habe sich gezeigt, daß mit Haushaltssperren die finanzpolitische Wirklichkeit von heute auf morgen noch zusätzlich anders aussehen könne. Seine Fraktion wolle nur an einem Zahlenwerk im Parlament mitwirken, das eine realistische Grundlage aufweise. Das tue dieser Entwurf nicht. Deshalb lehne die CDU-Fraktion eine Verabschiedung und eine Empfehlung dieses Ausschusses im Hinblick auf das Parlament ab.

Horst Steinkühler (SPD) bezeichnet es als nicht ungewöhnlich, daß es einen Nachtragshaushalt geben werde. Das komme in vielen Kommunen, Kreisen und auch im Lande vor.

Wenn Herr Uhlenberg nun sage, das Zahlenwerk sei unseriös und deshalb müßten die Beratungen über den Haushalt ausgesetzt werden, dann wolle er doch gern einmal wissen, wann denn im Bundestag über einen Haushalt mit realistischen Zahlen beraten werde. Da dürfte man eigentlich nie einen Haushalt verabschieden.

Wenn Herr Uhlenberg die hohen Summen im Haushalt anspreche, für die enorme Kreditmittel erforderlich seien, erinnere er ihn an die vergangenen Haushaltsberatungen. Wenn man den Anträgen der CDU-Fraktion gefolgt wäre, wäre es zu fast 1 Milliarde DM an Mehrausgaben gekommen.

Die SPD-Fraktion werde dem vorliegenden Haushaltsplan mit der zweiten Ergänzung Drucksache 12/1550 zustimmen.

Siegfried Martsch (GRÜNE) stellt große Unterschiede in der Oppositionsarbeit in den letzten fünf Jahren fest.

Wenn er umfangreiche Anträge für seine Fraktion eingebracht habe, seien sie immer als unseriös zurückgewiesen worden. Jetzt werde einfach alles abgelehnt. Dann brauche man sich auch nicht mehr der Mühe zu unterziehen, sich über einen Einzelplan zu unterhalten.

Wenn der Antrag ernstgemeint sei, würde das heißen, daß auf die nächsten Jahre überhaupt kein Haushalt mehr verabschiedet werde.

Zur Zeit gebe es Unsicherheitsfaktoren aufgrund der Bonner Politik. Niemand wisse, ob Finanzminister Waigel nicht wieder mit Milliarden Defiziten daherkomme, von denen er selber nicht wisse, wie sie zustande kämen. Er sei ja nicht einmal in der Lage gewesen, entsprechend dem normalen Prozedere dem Parlament Haushaltsunterlagen zur Verfügung zu stellen. Darauf könne nicht ernsthaft geplant werden.

Herr Martsch schließt nicht aus, daß es zu schwierigen Veränderungen komme. Wenn man aber so verfahren wolle, wie es Herr Uhlenberg vorschlage, dann müsse man die Haushaltsberatungen eigentlich solange aussetzen, bis es in Bonn eine neue Regierung gebe.

Was die frühere Tätigkeit der GRÜNEN-Fraktion angehe, so habe sie, als sie noch in er Opposition gewesen sei, für den soziostrukturellen Ausgleich gestimmt, stellt **Eckhard Uhlenberg (CDU)** heraus. In dem Moment aber, als sie an die Regierung gekommen sei, habe sie gegen den soziostrukturellen Ausgleich gestimmt. An diese Zeit sollten die GRÜNEN in ihrem eigenen Interesse besser nicht erinnern.

Die Netto-Neuverschuldung des Landes solle 1997 - im Gegensatz zu dem, was auf Bundesebene geschehe - nicht absinken, sondern in Nordrhein-Westfalen weiter ansteigen. Das habe er gar nicht zum Mittelpunkt seiner Ausführungen gemacht. Er sehe aber sehr wohl einen Unterschied zur Bundesebene. Nach der Steuerschätzung des Bundesfinanzministers würden nämlich die 4 Milliarden DM, die im Bundesetat 1997 fehlten, durch Einsparungen erwirtschaftet, wobei die Landwirtschaft mit 240 Millionen DM dazu beitrage.

Wenn man sich die Minusraten in den einzelnen Haushaltsplänen ansehe - der Haushaltsplan des Bundes sinke um 3 % im nächsten Jahr -, müsse der Bundeslandwirtschaftsminister mit einem Minus von 2 % rechnen, während der gesamte Bundeshaushalt 3 % Minus aufweise.

Herr Uhlenberg erwartet von der Landesregierung, daß die Zahlen nach der neuesten Steuerschätzung in den Haushaltsplan 1997 eingerechnet würden. Vor dem Hintergrund eines neuen Zahlenwerkes könne man in eine realistische und glaubwürdige Beratung eines Haushaltsplans eintreten. Dann könne bereits im Frühjahr 1997 ein neuer Haushaltsplan verabschiedet werden.

Irmgard Schmid (Kierspe) (SPD) bezeichnet das, was die CDU-Fraktion im Landtag mit dem Haushalt mache, als das reinste Ablenkungsmanöver von dem Desaster in Bonn. Das, was die Bundesregierung unter Haushaltsaspekten in die Wege leite, sei für sie eine Kombination aus Achterbahn und Geisterbahn. Sie rege an, daß die CDU-Landtagsfraktion ihren Einfluß in Bonn geltend mache, um eine Korrektur zu erreichen.

Nordrhein-Westfalen benötige einen verabschiedeten Haushalt, auch wenn es möglicherweise zu einem Nachtragshaushalt kommen werde, vor allem auch zur Sicherung der Landwirte. Dafür müsse dieser Ausschuß hier eintreten.

Was Minister Borchert den Landwirten nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in der ganzen Bundesrepublik zumute und was aufgrund der Haushaltskürzungen noch auf sie zukomme, werde noch ganz andere Auswirkungen haben.

Angesichts der Einkommen der Landwirte, die weit unter dem Durchschnitt aller vergleichbaren Berufsgruppen stünden, müsse die CDU schon entsprechend einwirken. Sie sehe der Diskussion mit betroffenen Landwirten gelassen entgegen.

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz lehnt den Antrag der CDU-Fraktion, die Beratung über den Haushaltsplan 1997 auszusetzen, mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion ab.

Sodann empfiehlt der **Ausschuß** mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, den **Einzelplan 10 anzunehmen.**

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz empfiehlt, das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksachen 12/1200, 12/1390 und 12/1550 (zweite Ergänzung) mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion anzunehmen.

gez. Heinrich Kruse

Vorsitzender

05.12.1996/13.12.1996

245